



**Dr. Maria Flachsbarth**  
Mitglied des Deutschen Bundestages



## **Halbzeit**

### **viel erreicht – viel zu tun auch in den Bundestagswahlkreisen 44 und 48**

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ich freue mich, Ihnen die Halbzeitbilanz der Niedersächsischen CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag überreichen zu dürfen. Als Ergänzung möchte ich außerdem kurz auf die für meinen Wahlkreis 48 mit den Städten und Gemeinden Barsinghausen, Gehrden, Hemmingen, Laatzen, Lehrte, Pattensen, Ronnenberg, Seelze, Sehnde, Springe, Uetze und Wennigsen und den zur Zeit von mir betreuten Wahlkreis 44 mit den Städten und Gemeinden Burgwedel, Garbsen, Isernhagen, Langenhagen, Neustadt a. Rbge, Wedemark und Wunstorf wichtigsten Themen hinweisen:

Die sitzungsfreien Wochen nutze ich, um mit den Menschen in meinem Wahlkreis in der Region Hannover ins Gespräch zu kommen. Traditionell besuche ich regelmäßig alle Städte und Gemeinden in meinem Wahlkreis, um vor Ort mit den Bürgermeistern aber auch mit Vertretern von Vereinen und Verbänden, Unternehmen, Initiativen und anderen Einrichtungen zu sprechen, zu erfahren, wo der „Schuh drückt“ und was die Menschen bewegt – so auch im Frühjahr 2010 und 2011 inklusive der Besuche in den sieben Rathäusern des nördlichen Wahlkreises.

Eine wesentliche Rolle bei diesen Ortsbesuchen spielten neben meinen bundespolitischen Arbeitsschwerpunkten im Bereich der erneuerbaren Energien vor allem die finanzielle Lage der Kommunen, die Leistungen für Bildung und Teilhabe sowie der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Die milliardenschweren **Konjunktur-Programme** des Bundes zur Bekämpfung der weltweiten Wirtschaftskrise haben nachhaltig gewirkt: Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und Sportstätten konnten umfassend (energetisch) saniert und ausgebaut werden. Bau und Handwerk vor Ort haben die Konjunkturflaute dadurch ungewöhnlich gut überstanden. Mit dem **Kurzarbeitergeld** konnten Firmen Entlassungen vermeiden und Arbeitsplätze erhalten. Konjunkturpakete und **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** schafften seit 2009 insgesamt 39 Milliarden Euro finanziellen Spielraum: Erwerbstätige zahlen spürbar weniger Einkommensteuer. Familien erhalten mehr Kindergeld und höhere Kinderfreibeträge.



Im Februar dieses Jahres hat die christlich-liberale Bundesregierung im Rahmen der Hartz IV-Reform das **Bildungs- und Teilhabepaket** verabschiedet, das Kindern sozial-schwacher Eltern zusteht; in der Region Hannover sind das rd. 60.000 Kinder.

Es umfasst Schulmaterial, Lernförderung, eintägige Klassenausflüge, Schülerbeförderung, Vereinsbeiträge für Sport oder Kultur sowie ein warmes Mittagessen in Kitas und Schulen, die dies anbieten. Nach anfänglichen Anlaufschwierigkeiten bei der Antragstellung stellen wir fest, dass nach der Festlegung eines vereinfachten Antragsverfahrens zunehmend mehr Eltern von diesem Recht für ihre Kinder Gebrauch machen. Der Bund investiert dafür pro Jahr 1,3 Mrd. Euro, mit denen die Kommunen vor Ort die Leistungen aus dem Bildungspaket finanzieren können.

Aber nicht nur damit entlastet der Bund die Kommunen, sondern vor allem mit der schrittweisen **Übernahme der Kosten für Grundsicherung im Alter und bei**

**Erwerbsminderung** durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, das der Bundestag am 27.10.2011 beschlossen hat. 2012 beginnend, übernimmt der Bund schrittweise die Kosten – 100 % ab 2014; bis 2020 in einer Höhe von 50 Mrd. Euro. Es kommt nun entscheidend darauf an, dass diese Entlastung auch tatsächlich bei den Kommunen ankommt und nicht auf Regionsebene versickert. Gemeinsam mit den Bürgermeistern der CDU setze ich mich dafür nachdrücklich ein.

Natürlich komme ich auf Wunsch auch gerne zu Gesprächen in die Schulen meines Wahlkreises, in die CDU-Verbände, zu Veranstaltungen von Vereinen, Verbänden oder auch anderen Einrichtungen wie zum Beispiel dem THW Lehrte, bei dem ich im September 2010 an einem Grundausbildungsdienst teilgenommen habe.



Besonders berührt hat mich eine Veranstaltung, zu der ich im November 2009 anlässlich des 20-jährigen Mauerfalls im Kulturzentrum „Bauhof“ in Hemmingen eingeladen hatte. Unser Gast war eine Zeitzeugin, die aufgrund ihres Widerstands gegen das DDR-Regime inhaftiert worden war; mehr als 100 Gäste folgten ihrer eindringlichen Schilderung.

Wichtig war mir auch die Diskussion mit den CDU-Mitgliedern im Rahmen meiner „Energietour“ im Sommer 2011, um zeitnah den Atomausstiegsbeschluss der unionsgeführten Bundesregierung infolge der Katastrophe in Japan zu erläutern.

Und ich freue mich darüber, dass umgekehrt so viele Menschen aus der Region Hannover die Gelegenheit nutzen, den Deutschen Bundestag und die Bundeshauptstadt zu besuchen. Bis zum Jahresende werden es knapp 2.500 Personen sein, denen wir einen Besuch des Reichstages vermittelt haben!

Ein weiteres großes wahlkreisrelevantes Thema war die **Zukunft der Rettungsdienste** in der Region Hannover, die nach vielen Anstrengungen und intensiver Zusammenarbeit mit der CDU-Regionsfraktion und den CDU-Landtagsabgeordneten gesichert ist. Nach Urteilen des Bundesgerichtshofs sowie

des Europäischen Gerichtshofs sollte der Rettungsdienst für die Region Hannover grundsätzlich europaweit ausgeschrieben werden. Dies hätte die ausgezeichnet funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen des Katastrophenschutzes gefährdet, wenn nicht sogar zerstört. Um dies zu verhindern, habe ich mich in vielen Gesprächen und Briefen an Landes- und Bundesminister für eine Lösung im Sinne aller Beteiligten und vor allem im Sinne eines effektiven und zuverlässigen Bevölkerungsschutzes eingesetzt. Inzwischen steht fest, dass der Rettungsdienst als Teil des Katastrophenschutzes gemäß Art. 30 des Grundgesetzes im Verantwortungsbereich der Länder liegt. Niedersachsen ändert derzeit sein Rettungsdienstgesetz, um den Kommunen so die Umstellung auf eine Dienstleistungskonzession zu ermöglichen. Der Rettungsdienst und damit der Katastrophenschutz sind gerettet.



Auch die Zukunft der **Mehrgenerationenhäuser** ist in den beiden Wahlkreisen (in Pattensen und Langenhagen) auf einem guten Weg. Beide Häuser sind fest im örtlichen Leben verankert und bilden wichtige Treffpunkte der Generationen und von Menschen verschiedener Nationalitäten und Kulturen.

Sie bieten eine lokale Anlaufstelle, eine Möglichkeit zum Austausch, zur Mitgestaltung und zur gegenseitigen Unterstützung. In ihrer täglichen Arbeit stellen sie als Vermittler zwischen Angebot und Nachfrage die nötige Verbindung her zwischen denen, die Hilfe benötigen und jenen, die sich – unabhängig von ihrem Alter – freiwillig engagieren und einen Beitrag für die Gesellschaft leisten möchten. Ich freue mich, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend diesen Sommer das Folgeprogramm "Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II" ausgeschrieben hat und die Häuser in Langenhagen und Pattensen weiter gefördert werden. Künftig werden dabei auch die Kommunen einen finanziellen Anteil an der Förderung der Häuser übernehmen und stärker in die fachliche Arbeit mit einbezogen werden.

Glücklich bin ich über den Erhalt der **Bundeswehrstandorte** in Wunstorf und Neustadt-Luttmersen. Die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte in Wunstorf und Neustadt haben ge- und entschlossen für den Erhalt der Bundeswehrstandorte gekämpft.

Die Standortentscheidung ist die letzte wichtige Weichenstellung der **Bundeswehrreform** nach dem Aussetzen der Wehrpflicht sowie der Festlegung der Truppenstärke und der Grobstrukturen. Als größter Arbeitgeber vor Ort gewährleistet die **Bundeswehr in Neustadt** einen wesentlichen Anteil der zivilen Arbeitsplätze der Stadt, etwa im Handwerk und im Einzelhandel. Die Entscheidung für den **Erhalt des Flugplatzes Wunstorf** ist ein besonders positives Signal. Schon die jüngsten Investitionen in Millionenhöhe in den Ausbau des Luftwaffenstützpunktes am Steinhuder Meer haben gezeigt, dass Wunstorf für die künftige Stationierung des neuen Militärtransporters Airbus A400 M Priorität genießt.

Die Bundeswehr bleibt damit im ehemaligen Landkreis Hannover auch in Zukunft eine feste Größe.

Für die Umsetzung verschiedener **Verkehrsprojekte** setze ich mich ebenfalls seit langer Zeit ein:

Dazu gehört die B-3-Ortsumgehung Hemmingen, deren Planfeststellungsbeschluss seit Juni 2010 rechtskräftig vorliegt. Immer wieder erinnere ich sowohl Bundesverkehrsminister Ramsauer als auch den niedersächsischen Wirtschaftsminister Bode in Gesprächen und in Briefen an ihr Versprechen, die finanziellen Mittel endlich in den Haushalt einzustellen, damit mit dem Bau der Ortsumgehung begonnen werden kann. Der Ausbau ist gekoppelt an die beiden rechtskräftigen Planfeststellungsbeschlüsse für die beiden Bauabschnitte der Stadtbahn Hemmingen, mit denen Anfang nächsten Jahres gerechnet wird.

Ebenso ist der Megahub in Lehrte ein ständig wiederkehrendes Thema. Er wird gebraucht, um die in den Häfen ankommenden Waren an ihre Zielorte zu bringen. Leider ist es bislang noch nicht gelungen, die Finanzierungsvereinbarung erfolgreich abzuschließen. Dieses Thema bleibt ganz oben auf meiner Agenda.



Auch die zweite Hälfte dieser Wahlperiode wird für mich ein spannender, herausfordernder und sicherlich arbeitsintensiver Abschnitt werden. Es ist für mich eine Freude und zugleich eine große Verantwortung, der Region Hannover und dem Land Niedersachsen auf Bundesebene eine **Stimme geben** zu dürfen. Dafür brauche ich auch **Ihre Unterstützung**. Machen Sie mich auf Probleme und auf Ihre Anliegen aufmerksam! Rufen Sie mich an, schreiben oder mailen Sie mir!

Für Ihre kritischen Reaktionen, Anregungen und Fragen zu politischen Themen, die Sie bewegen, bin ich Ihnen dankbar und kümmere mich gern um Ihre Anliegen.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Fleck'. The signature is written in a cursive style with a large initial 'H'.